

## Paradigmenwechsel im Irak?

US-amerikanische Strategien, der Nahe Osten und Europa

Roland Benedikter

Ist die Demokratisierungsfrage also wirklich die »Quadratur des Irak«?

November 2004, anderthalb Jahre nach dem offiziellen Ende des Krieges, will es tatsächlich so scheinen. Seither sind kaum Fortschritte erzielt worden. Die weitgehend von außen implantierte Übergangsverfassung (8. März) und der Macht-Transfer an die erste autonome Regierung (28. Juni) erreichten die konkreten Lebensverhältnisse der irakischen Bevölkerung bisher kaum. Daher können sie auch keinen wirksamen Anstoß zur Entwicklung der sozialen und kulturellen Tiefendimensionen geben. Weder in ökonomischer, demokratiepolitischer noch institutioneller Hinsicht, ja nicht einmal im Hinblick auf die Sicherung des Machtmonopols des jungen neuen Staates konnte der längst erhoffte Durchbruch erzielt werden. Die von unabhängigen internationalen Experten empfohlenen drei realistischen Demokratisierungsmodelle – das Modell »Tatarstan«, das Modell »Türkei« und das Modell »geschichteter Demokratisierung« – werden entweder nicht konsequent angewandt oder verschwinden in der Schublade. Zugleich sind langfristig orientierende Leitideen Mangelware, und die neue Regierung gerät zusehends unter den Druck der Straße. Gibt es trotzdem Perspektiven? Und wenn ja, wo liegen sie?

### Desaster Irak

Während im Spätsommer der Prediger und selbsternannte Richter Muklada Al Sadr in Hinterhöfen seiner Widerstandshochburg Nadschaf dutzende Menschen von eigenen Gnaden hat hinrichten lassen und faktisch einen Staat im Staate errichtete, übte sich die neue Regierung unter Ministerpräsident Allawi und Präsident Jawar in Drohgebärden, die sich schnell als Bluff herausstellten. Aus den monatelangen Fundamentalisten-Aufständen sind die Radikalen letztlich als Sieger hervorgegangen. Nun ist die Regierung diskreditiert, und es bleibt ihr nichts ande-

res übrig, als bei NATO und UNO um noch mehr Unterstützung zu betteln, um wenigstens notdürftig die Stabilität aufrechterhalten zu können.<sup>1</sup> In den USA mehren sich angesichts der düsteren Lage die Stimmen, die einen Rückzug in abschabaren Zeiträumen fordern. Und in Europa – vor allem in den Zeitschriften und Medien, die vor einem Jahr noch so eifrig mit Analysen und Perspektiven-Entwürfen hervortraten – wendet man nach jeder Bombe erneut desillusioniert den Blick ab, statt zumindest die aktive Zeugenschaft im Sinn einer Kontinuität der Verantwortung für die Nachbarregion aufrechtzuerhalten. Die Berichte werden kürzer, alte Ideen für die Demokratisierung scheinen längst vergessen, das Thema trägt nicht mehr. Dabei entscheidet sich gerade in diesen Monaten vieles, was Europa und die langfristigen Fäden der vor uns stehenden globalen Entwicklung betrifft. Denn nicht wenige dieser Fäden laufen heute im Irak zusammen.

Das immer gleiche Bild lässt jedoch den Mut sinken. Anschläge, Entführungen von Ausländern und Einheimischen, bürgerkriegsähnliche Zustände vor allem in den ethnischen Mischgebieten wie Kirkuk, Mosul und Bagdad, Fundamentalisten-Aufstände wie in Nadschaf und Faludscha, ausgedehnte El-Kaida-Aktivitäten und auch Einmischungen der angrenzenden »Defizit-Demokratie« Türkei sind beinahe an der Tagesordnung. Die wirtschaftliche Erholung des Landes ist stark bedroht, auch wenn inzwischen zeitweise etwa zwei Drittel der Vorkriegs-Ölexporter erreicht werden. Die Kämpfe zwischen den Bevölkerungsgruppen, der aus der halben Welt größtenteils über den Iran und Syrien eingesickerten moslemischen »Widerstandskämpfer« gegen die im Land verbleibenden europäisch-westlichen Besatzungstruppen und neue Polizei- und Armee-Einheiten halten an, ja nehmen sogar an Intensität und Komplexität zu. Mittlerweile sind mehr als 40 000 Christen aus den Unruhegebieten des Nordirak geflohen, wie die irakische Regierung zähneknirschend zugeben muss: sie kann ihre

Bürger nicht schützen. Eine Rückkehr der für die Demokratisierung unerlässlichen Mittelschicht rückt somit in weite Ferne. Und damit auch eine funktionsfähige Demokratie.

Vor allem aber: *Perspektiven* der Besserung sind nicht in Sicht. Deshalb wachsen die Zweifel an der Durchführbarkeit der für Anfang 2005 geplanten ersten freien Wahlen. Zwar kündigten die USA wiederholt an, den Irak »bis Dezember 2004« »definitiv befrieden« und alle unter der Kontrolle von Aufständischen befindlichen Gebiete, wie etwa Falludscha, »aufbrechen und säubern« zu wollen. Doch zur Erreichung solcher Ziele setzt man einseitig auf Militärstrategien. Gerade diese sind jedoch bisher gescheitert – eben weil die Verantwortlichen es versäumten, die Bereiche Kultur und Religion, soziale Lebensformen, ethnische Vielfalt und Minderheitenfragen in ein integrales Konzept aus militärischer Befriedung, wirtschaftlicher und politischer Entwicklung einzubeziehen. Nicht nur John Kerry wies vor den Präsidentschaftswahlen aus taktischen Gründen immer wieder auf diese Versäumnisse hin.<sup>2</sup>

### *Einseitige Strategien, zweideutige Signale*

Hinzu kommen zunehmend ambivalente bis unglückliche Signale der US-Administration, je näher die amerikanischen Wahlen rückten. So etwa die Bestellung von John Negroponte zum neuen US-Botschafter im Irak, also zum faktischen Leiter der größten Auslandsmission der Welt, zum Impulsator der Demokratisierung und zum Nachfolger des Besatzungsverwalters Paul Bremer, der das Land am 28. Juni, dem Tag des Macht-Transfers, demonstrativ verließ. Wie Noam Chomsky in einem Artikel für »Il manifesto« vom 15. September zu Recht moniert hat, hat der Ende Juli nach Bagdad bestellte Negroponte sein »Demokratisierungs«-Handwerk als berüchtigter »Prokonsul« der konservativen Reagan-Administration im Honduras der 80er Jahre erlernt. Von dort aus deckte er diplomatisch den Terror-Krieg der von alteingesessenen Macht-Oligarchien finanzierten Söldnerarmee der »Contras« gegen die sandinistische Regierung im Nachbarland Nicaragua, und zog faktisch die Fäden des dortigen Bürgerkriegs. Auch hier ging es um »Demokratisierung« – gemäß dem Verständnis der konservativen US-Kreise. Als Nicaragua

den Fall vor internationale Schiedsgerichte brachte und die USA schließlich dazu verurteilt wurden, ihren »verdeckten Terrorkrieg gegen Nicaragua« aufzugeben, wurde Negroponte abberufen. Die nunmehrige Bestellung des »Prokonsuls« in eine so heikle Region und Situation ist angesichts dieser Fakten ein unverzeihliches, kontraproduktives Signal. Denn wenn damit indirekt zum Ausdruck kommt, wie der künftige »Demokratisierungs«-Prozess des Landes verlaufen wird und welche Erfahrung dabei federführend mitwirken soll, dann verwundert es kaum, dass die Truppen von Honduras just am selben Tag aus dem Irak abgezogen wurden, als Negroponte dort ankam. Ein reiner Zufall?<sup>3</sup>

Auch wegen dieser Signale hat etwa der führende konservative Vordenker Francis Fukuyama, unter anderem Professor an der Universität Yale, wo die gesamte Bush-Familie studierte und ihr ideologisches Rüstzeug erhielt, mittlerweile öffentlich seine Weigerung bekanntgegeben, die Wiederwahl Bushs zu unterstützen, den er bei den letzten Wahlen mitgetragen hatte.<sup>4</sup> An der Debatte um die Berechtigung und Folgen der Irak-Intervention beginnt sich das neo-konservative Lager in den USA zu spalten, wie eine jüngst im einflussreichen Magazin »In The National Interest« erbittert geführte Auseinandersetzung zwischen Fukuyama und seinem ehemaligen Freund Charles Krauthammer gezeigt hat.<sup>5</sup> Andere ehemals führende Strategen der Demokratisierung verwickeln sich zusehends in Widersprüche. So der »konservative Falke« Richard Perle, der behauptete, die Welt sei durch den Irak-Krieg sicherer geworden. Während aber vor dem Krieg von 500-1000 aktiven Al-Kaida-Terroristen ausgegangen worden war, spricht Perle nun von 10-100 000 Terroristen.<sup>6</sup> Beide Aussagen stehen offensichtlich zueinander in einem Widerspruch. Zu dieser inneren Verwirrung des konservativen Lagers kommen zu allem Überfluss Schwierigkeiten bei der Entschuldung des Irak, die bereits als ausgemachte Sache galt. Die US-Regierung will 80 % Entschuldung, Deutschland und Frankreich wollen nur 50 %.<sup>7</sup> Andere Staaten wollen, aus durchaus verständlichen Gründen, die Entwicklung der Lage abwarten.

Fazit? Die Ideen- und Ratlosigkeit in der US-Regierung, in den Besatzungsmächten und in der ersten autonomen irakischen Regierung unter

Ministerpräsident Allawi und Präsident Jawar ist auf Schritt und Tritt spürbar – mit weitreichenden Folgen sozialpsychologischer Desorientierung vor allem bei den Hoffnungsträgern der Demokratisierung: den bürgerlich-urbanen Bevölkerungsgruppen und den Intellektuellen. UN-Generalsekretär Kofi Annan wird zwar nicht müde zu wiederholen, dass der US-geführte Irak-Krieg wegen der mangelnden Billigung des Welt-sicherheitsrates von Anfang an der Charta der Vereinten Nationen widersprach, einer rechtlichen Grundlage entbehrte und demnach illegal war. Aber er kann bislang ebenso wenig wie die konservative US-Administration mit Ideen für einen konstruktiven Umgang mit dem Irak-Desaster aufwarten. Desillusionierung, Enttäuschung, Verwirrung und Ernüchterung kennzeichnen die allgemeine Stimmung – bei den Menschen im Irak, auf Seiten der anglo-amerikanischen Regierungen, unter den europäisch-westlichen Entwicklungshelfern und Truppen, bei den Vereinten Nationen.

### ***Vollzieht sich in der Irak-Politik ein schleichender Paradigmenwechsel?***

In dieser prekären Lage scheint sich unterschwellig – und darin gefährlich – ein signifikanter Paradigmenwechsel zu vollziehen. Nicht nur äußerte US-Präsident Bush in einem »schwachen« Wahlkampfmoment Zweifel an der prinzipiellen Besiegbarkeit des Terrors – worin sich etwas vom derzeitigen kollektiven Unbewussten auch noch der optimistischsten konservativen US-Welt-Strategen an die Oberfläche wagte. Sondern seit einiger Zeit vollzieht sich bei den Vordenkern der Irak-Intervention und der langfristigen Demokratisierung des Nahen Ostens aufgrund der bisherigen Erfahrungen im Irak eine weit tiefere Verschiebung mit potentiell weitreichenden Folgen. *Es ist die schleichende Abschwächung des Anspruchs auf »Demokratisierung« hin zum Anspruch auf »Verhinderung schwacher Staaten« und zur »Kunst des Nationenbauens als Schlüsselfähigkeit des 21. Jahrhunderts«, wie es Francis Fukuyama richtungsweisend ausdrückt. Fukuyama hat diese latente Verschiebung des Entwicklungs-Paradigmas bei den konservativen US-Strategen anhand der bisherigen Erfahrungen im Irak so zusammengefasst:*

»Der Irak hat sich in die große Gruppe gescheiterter Staaten eingereiht, deren Existenz, von Afghanistan bis Somalia, zu einer ernstesten Herausforderung für die Weltordnung geworden ist. Die US-Administration hat sich durch ihr Versäumnis, den Wiederaufbau des Irak in der Nachkriegsära angemessen vorzubereiten, selbst in Schwierigkeiten gebracht. Das Verständnis von Staatsbildungsprozessen, des so genannten Nation-Building, ist zu einer Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts geworden. Unsere Epoche ist weit weniger durch die Auseinandersetzung zwischen Großmächten charakterisiert als vielmehr durch Machtvakuen, die schwache oder gescheiterte Staaten in den Entwicklungsregionen der Welt verursachen. Staatliche Machtlosigkeit ist ein weit verbreitetes Problem, das Gefahren wie Armut, Krankheit, Drogen, Flüchtlingsbewegungen und seit dem 11. September auch Terrorismus nach sich zieht. An der Fähigkeit, stabile Staaten aufzubauen, deren Einfluss nach außen begrenzt bleibt, die aber stark genug sind, eine grundlegende Ordnung im Innern zu garantieren, entscheidet sich die politische Ordnung der Zukunft. ... Die moderne Welt stellt ein sehr attraktives Angebot dar, das den materiellen Wohlstand der Marktwirtschaft mit den politischen und kulturellen Freiheiten der liberalen Demokratien kombiniert. Doch die Modernität des liberalen Westens ist für viele Gesellschaften dieser Welt schwer zu erlangen. ... Die Frage ist daher, ob die Institutionen und Werte des liberalen Westens wirklich universell sind oder ob sie, wie Samuel Huntington argumentieren würde, bloß Folge kultureller Eigenheiten eines Teils von Nordeuropa sind.«<sup>8</sup>

Ähnlich, wenn auch zum Teil vorsichtiger, äußern sich Samuel P. Huntington (in seinem neuen Buch »Who are we? Die Krise der amerikanischen Identität«<sup>9</sup>), Zbigniew Brzezinski (in seinem neuen Buch »The Choice. Global Domination or Global Leadership«<sup>10</sup>), die konservativen Vordenker des »Project For A New American Century« wie Reuel Marc Gerecht<sup>11</sup> und Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in seinen (auffallend wenigen) Stellungnahmen zur neueren Entwicklung. Ihnen allen ist ein gemeinsamer, einmal offen, das andere Mal nur unterschwellig ausgesprochener Tenor Eigen:

- Weil sich die Demokratisierung am Beispiel Irak als viel schwieriger erweist als angenommen,
- weil das für die anstehenden Demokratisierungsprozesse der sich im 21. Jahrhundert voraussichtlich rasch vervielfältigen neuen Schwellen- und Vakuumstaaten in aller Welt nichts Gutes verheißt,
- weil, wie nicht zuletzt Zbigniew Brzezinski als einer der wenigen zu Recht immer wieder hervorhebt, die heutigen »Neokonservativen in den USA einen großen Unwillen haben, die historischen und sozialkulturellen Wurzeln der Problematik wahrzunehmen«,<sup>12</sup>
- und weil konkrete Gesamt-Modelle für eine integrale demokratische Weiterentwicklung weitgehend fehlen, revidieren derzeit viele Vordenker der zukünftigen Entwicklung ihre Ansprüche.

Nicht länger die Entwicklung zur Demokratie liberalen Musters, sondern vielmehr die Verhinderung von Machtvakuen und die Stabilisierung von Staaten sollten, so der neue Tenor, in den kommenden Jahren im Zentrum der Aufmerksamkeit des Westens, wenn möglich auch Europas stehen. »Verhinderung von Machtvakuen« und »Stabilisierung von Staaten« aber bedeutet nicht mehr notwendigerweise »Demokratisierung«. Im Gegenteil: Sie gelingen, wie die historische Erfahrung von Schlüsselfiguren wie nun John Negroponte zeigt, zum Teil besser durch Konzentration auf fixierte vertikale Machtpunkte (Oligarchien) statt auf variable horizontale Machtnetze (Demokratien). Das heißt nicht notwendigerweise, dass Demokratisierung nicht mehr das Ziel der globalen Entwicklung der kommenden Jahrzehnte sein sollte. Aber sie steht bei den »konservativen Idealisten« der »institutionalisierten anglo-amerikanischen Weltintervention für das 21. Jahrhundert« offenbar immer weniger an erster Stelle. Sie kann nun, da die Schwierigkeiten im Irak sich häufen, mehr Zeit benötigen und Umwege in Kauf nehmen.

### *Zbigniew Brzezinski und Jacques Derrida reichen sich die Hände*

In dieser Bewertung von Menschenrechten und Demokratisierung sind sich Zbigniew Brzezinski, der klassische globale Machtpolitiker alter Schu-

le, Samuel Huntington, der machtpolitische Kultur-Substantialist konservativ-»zivilreligiöser« Schule und Jacques Derrida, der »linke« philosophiepolitische Dekonstruktivist nominalistisch-progressiver Ausrichtung, ausnahmsweise einmal einig – eine erstaunliche Konstellation!

Diese Verschiebung in Färbung und Fokussierung der Einschätzungen könnte langfristig durchaus entscheidende Folgen für die globale Entwicklung haben. *Die Erfahrung der schwierigen Demokratisierung im Irak könnte sich als Scharnierpunkt einer globalen demokratiepolitischen Regression auswirken.* Wie diese Regression dann auf die entwickelte Welt zurückwirken wird, machen die konservativen USA derzeit bereits vor. Was Bill Clinton laut autobiografischer Mitteilung bereits bei der Amtsübergabe 2001 vorhersah: nämlich die Beschneidung von Bürgerrechten, den wachsenden internationalen Isolationismus, narzisstisch und omnipotent gefärbte Angstphantasien mythologischer Schwarz-Weiß-Prägung und eine Rückwärtsentwicklung sozialer und demokratiepolitischer Agenden,<sup>13</sup> ist in den USA Wirklichkeit geworden. Die derzeitige Rekordarmut in den USA aufgrund der republikanischen Politik ist dafür ein beredter Anzeiger:

»Während das Pentagon monatlich rund drei Milliarden Dollar für den Krieg im Irak ausgibt, leben 12,5 Prozent der US-Bevölkerung in Armut, darunter 13 Millionen Kinder. Seit Amtsantritt von Präsident Bush ist die Kluft zwischen Reich und Arm dramatisch gewachsen: Die Zahl der Menschen, die unter Armutsgrenze leben, ist um mehr als vier Millionen angestiegen. Die Zahl der Menschen ohne Sozialversicherung hat sich um über fünf Millionen vermehrt. Insgesamt 35,8 Millionen Amerikaner müssen zurzeit mit weniger als 6000 Dollar pro Jahr auskommen, und 45 Millionen haben keine Sozialversicherung, geht aus der jüngsten Statistik hervor.«<sup>14</sup>

Es verwundert unter diesen Umständen kaum, dass nicht nur bei den Eliten, sondern auch in der Bevölkerung die Ansprüche an das internationale Engagement sinken. Der Tenor lautet nun: Im Irak, wie voraussichtlich auch in den meisten anderen Ländern, ist höchstens eine national-illiberale Halb-Demokratie realisierbar – vielleicht aber auch weniger. Auf diese Perspektive hin sollte das Engagement des Westens »zurechtgestutzt«

werden – was den Vorteil hätte, dass dazu weniger Aufwand und weniger Geld nötig wären. Die gegenwärtigen Vereinigten Staaten sind noch immer »die Vereinigten Staaten nach dem 11. September«. Dieses Datum wird hier, weit stärker als in anderen Ländern, nach 1989/91 (Fall der Mauer und Zusammenbruch der Sowjetunion) und 1999 (Aufstand der Zivilgesellschaft gegen die einseitige Wirtschafts-Globalisierung, Formierung der »kulturell Kreativen« zur gestaltenden Kraft) als drittes Initialdatum des 21. Jahrhunderts empfunden. Seit dem 11. September hat in den USA eine »Wende zurück« stattgefunden, und die Eliten haben ihren traditionell hohen Einfluss auf die amerikanische Gesellschaft noch verstärkt – statt ihn, wie in Europa, zusehends mit zivilgesellschaftlichen Kräften zu teilen.

### *Die Vereinigten Staaten haben es versäumt, ihre eigene Gesellschaft zu reformieren*

Wirtschaft, Politik und Kultur sind von den konservativen Eliten seit dem 11. September zusehends als drei ineinander übergehende Teile ein- und desselben unitarischen Einheitsgebildes verstanden und gelenkt worden. Die Differenzierung dieser drei gesellschaftlichen Sphären in drei eigenständige Logiken und Aufgaben, welche eine reife Moderne kennzeichnet (Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben; Gleichheit im politischen und Rechtsleben; Freiheit im Kulturleben) wurde immer mehr zurückgestellt. Bürgerrechte wurden beschnitten (Gleichheit), und stattdessen die wechselseitige Verfilzung zwischen Wirtschaft, Politik und Kultur bewusst gefördert, um den konservativen Agenden mit ihrem stark mythologischen Weltbild mehr Durchschlagskraft zu verleihen. Damit wurde jener Unitarismus noch massiv verstärkt, der im »letzten Nationalstaat« USA seit jeher droht, die Eigenständigkeit der drei gesellschaftlichen Logiken zu beschneiden und sie in einem Konglomerat zu vermischen, das aus einem Amalgam von Wirtschaft und Politik beherrscht wird. Die Geschichte der USA im 21. Jahrhundert hat immer wieder bedenkliche Pendelschläge in diese unitarische Richtung erlebt: die McCarthy-Ära der 50er Jahre, die Amtsübernahme durch Präsident Johnson nach der Ermordung John F. Kennedys, für die er nach Meinung vieler Forscher mit hoher Wahrscheinlichkeit

im Dienst von texanischen Öl-Interessenslobbys mitverantwortlich war, die Ära Reagan. Einheit von Wirtschaft, Politik und Kultur statt Ausdifferenzierung der drei gesellschaftlichen Sphären: diese retro-moderne Tendenz wurde nach dem 11. September in den USA erneut massiv verstärkt. Deshalb wurde die starke Verfilzung der heutigen *politischen* US-Administration in *wirtschaftliche* Privatinteressen akzeptiert (Vermischung Wirtschaft und Politik), deshalb konnte Präsident Bush seine *machtpolitischen* Diskurse mit *religiös-mythologischen* und *kulturellen* Motiven legitimieren (Vermischung Politik und Kultur), und deshalb ist ein größerer Teil denn je des heutigen *Kulturlebens* in den USA Ausdruck von *Wirtschaftslogik* (Vermischung von Wirtschaft und Kultur). Ergebnis dieser Vermischung ist eine Stabilisierung und Stärkung der inneren gesellschaftlichen Hierarchien, Machtverhältnisse, der ethnisch-kulturellen und Klassenlogiken, die die USA kennzeichnen.

Im Rahmen der allgemeinen sozialpsychologischen Atmosphäre der Angst, die die Konservativen seit dem 11. September bewusst immer weiter schürten, um ihre innen- und außenpolitischen Ziele zu erreichen, ist man in den amerikanischen Eliten bis heute – trotz aller Zerwürfnisse und Verwirrungen – in der Irak-Frage weiterhin fast einmütig, wenn auch selbst stark durch das auf die Angst-Signale reagierende kollektive Unbewusste geprägt, der Meinung, *das das US-Demokratie-Modell mit seinem unitarischen Fokus auf Vermischung von Wirtschaft, Politik und Kultur zu Zwecken der Einheit auch das Beste für den Irak und für die Demokratisierung der Welt sei*. Schließlich stellt dieses Modell der kapitalistischen Einheitsdemokratie das »Ende der Geschichte« (Fukuyama) dar. In dieser Einschätzung unterscheiden sich führende Republikaner und Demokraten heute kaum voneinander. Beide Seiten propagieren über ihre Vordenker das US-Demokratiemodell einer »republikanischen«<sup>15</sup> und unitarischen Repräsentationsdemokratie als Vorbild für das zu implementierende Demokratiemodell im Irak.<sup>16</sup> Das Problem ist aber, *das genau ein solches unitarisches Demokratiemodell wie das der heutigen USA für den Irak wegen seiner hohen ethnischen und kulturellen, historisch bedingten Vielfalt zum Scheitern verurteilt ist*.<sup>17</sup> Aufgrund der Bevölkerungsvielfalt, der unterschiedlichen Religionen

und Traditionen sollten Gruppenrechte im Irak stattdessen wie Individualitätsrechte gewichtet werden. Beide Rechte müssen sorgfältig ausbalanciert sein, um eine Demokratisierung der Region zu ermöglichen. »Schachteldemokratisierungen« im Sinn einer institutionalisierten Machtteilung zwischen Gruppen und Kulturen, sowie ethnisch-kulturell motivierte Autonomien von Minderheiten gegenüber Mehrheiten in ethnisch gemischten Gebieten sind neben der Föderalisierung notwendig. Die Verwirklichung eines solchen Zieles ist mit dem US-Demokratiemodell und seinem weitgehend einseitigen Fokus auf Individualrechten nicht möglich. Denn dieses Modell setzt eine Gesellschaft voraus, die im Prinzip aus lauter autonomen und gleichen bürgerlichen Einzel-Subjekten besteht, die sich auch als solche empfinden, was im Irak nicht der Fall ist. Wenn sich angesichts der massiven Ölinteressen Wirtschaft und Politik zu stark miteinander verbinden, und wenn die Kultursphäre nicht unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Logiken entwickelt wird, ist an eine moderne, das heißt dreidimensionale gesellschaftliche Entwicklung kaum zu denken. Eher werden sich auf der einen Seite neue Oligarchien bilden und verfestigen, während auf der anderen Seite die Vermischung von Religion und Politik einen unseligen Einfluss auf den jungen Staat ausüben wird; und beide werden zueinander in eine nicht produktive Dialektik treten.

Die USA aber haben diese beiden, für die Demokratisierung des Irak erforderlichen Schritte in ihrer eigenen Gesellschaftsentwicklung vernachlässigt: Die Folgen sind *erstens* die bis heute andauernden großen Probleme der Ghettobildung im Bereich der ethnisch-kulturellen Gruppen- und Sozialkulturen (black suburbs, Chinatowns, little Italys). Diese wurden trotz aller Lösungsversuche etwa der Demokraten um Kennedy und später Clinton gerade deshalb möglich, weil der Fokus des US-Demokratiemodells einseitig auf Individualitätsrechten liegt und Gruppenbelange zugunsten des unitarischen Einheitsprinzips bewusst vernachlässigt werden. Die Folgen sind *zweitens* die fortschreitende Vereinnahmung der Politik durch Wirtschaftslogiken, was zu einer zunehmenden globalen Isolation der USA zu führen droht, weil dadurch zum Beispiel die Teilnahme an internationalen Rechtsmechanismen wie Kyoto-Proto-

koll, Atomwaffensperrvertrag, internationaler Strafgerichtshof u.ä. erschwert wird.

Das US-System legt seinen Fokus bis heute einseitig auf »Self-reliance«, Gleichheit und Individualität. In ihm ist alles darauf angelegt, dass der Einzelne aus sich selbst heraus etwas aus seinem Leben macht; und zwar »frei und mit gleichen Chancen« wie alle, vor allem: unabhängig von allen Gruppenzugehörigkeiten. Wie Bill Clinton in seinem Lebensrückblick zu Recht schreibt, ist dieses System im Prinzip sehr fortschrittlich und dient zur Orientierung der allgemeinen Entwicklung von Gruppenrechten zu Individualitätsrechten weltweit; aber es ist nicht für jede Entwicklungsphase in jedem Land der Erde geeignet. Es ist in seiner heutigen US-Demokratie-Form vielmehr ein Spezifikum des historischen Einwanderungslandes USA nach dem 11. September, in dessen Gefolge sich die USA »wiederum auf ihre Einheit besonnen haben.«<sup>18</sup> Europas Demokratie-Modell dagegen berücksichtigt beide aufgewiesenen Schlüssel-Aspekte: Gruppendifferenzierung und tendenzielle Autonomisierung von Wirtschaft, Politik und Kultur voneinander. Seine Fortschritte begründen sich zu einem guten Teil auf den ersten Punkt, und sie weisen für die Zukunft in Richtung des zweiten.

### Europas Vermittler-Rolle

Während die konservativen USA unter Bush in der Diskussion stets die Wirtschafts-, Rechts- und Kulturlogik miteinander vermischt und daher aus ökonomischen Gesichtspunkten massiv auf eine Entdifferenzierung des Lebensmittelmarktes zugunsten der neuen Biotechnologien drängten, besteht Europa auf der tendenziell gleichberechtigten Berücksichtigung von wirtschaftlichen (Steigerung der Produktion, größere Pflanzen), rechtlichen (Verhältnis zwischen modifizierten und nicht-modifizierten Anbauern) und kulturellen (prinzipielle Wert-, Sinn- und langfristige Folgen-Erwägungen auch im Hinblick auf humanistisch-anthropologische Fragestellungen). Die beiden in diesem Beispiel real aufeinanderprallenden Denkweisen verdeutlichen, worin sich die heutigen USA von Europa unterscheiden: tendenziell »sphärenunitarische« Einheitslogik versus tendenziell »trinitarische« Differenzierungslogik. Es handelt sich um demo-

kratiepolitische Grundsatzdifferenzen. Diese werden in den kommenden Jahren für die weltweite Entwicklung immer mehr an Bedeutung gewinnen, je stärker sich Europa seinem Traum einer »leisen Supermacht« »anderer« Prägung und Ausstrahlung (Jeremy Rifkin<sup>19</sup>) annähern kann. Aus diesen Gründen ist das europäische Demokratie-Modell heute im Prinzip eher für den Demokratisierungsprozess des Irak geeignet als das amerikanische. In Europa bestehen »Schachteldemokratien« mit verschiedenen unabhängigen Kompetenz- und Hierarchieebenen, die neben- und ineinander wirken. Eine Gliederung in Nationalstaat, Föderalstaat und regionale Selbstbestimmung auch nach explizit ethnisch-kulturellen Gruppengesichtspunkten ist vielerorts erkennbar. Aber Europa hat bislang sein eigenes Modell nur unzureichend ins Bewusstsein gehoben. Was in diese Richtung, ausgelöst durch die Irak-Krise 2002-2004, bislang geschehen ist, erlangt noch nicht den Status eines vollbewusst ergriffenen, demokratiepolitischen Leitbildes mit globaler Ausstrahlungskraft. Daher ist Europa im Irak immer noch unterbelichtet. Wenn heute die nächstlichen Intellektuellen eine aktive Rolle Europas im Demokratisierungsprozess der Region fordern, und wenn dieser Prozess zugleich mangels Ideen auf gefährliche Weise stagniert, dann wird es Zeit, dass Europa hier eine aktivere Rolle einnimmt. Amerikaner und Europäer sind aufeinander angewiesen – die einen, um nicht allein zu sein<sup>20</sup> und im hegemonialen Treibsand zu versinken,<sup>21</sup> die anderen, um das Eigene aktiver und bewusster als bisher zu ergreifen und damit die gesellschaftspolitischen Optionen für das »Jahrhundert der Demokratisierung« zu vermehren.

Dieser Beitrag fußt auf dem Vortrag »Irak nach dem Macht-Transfer – Wie geht es weiter?«, der im Deutsch-Amerikanischen Institut (DAI) in Heidelberg am 16. September gehalten wurde.

ROLAND BENEDIKTER, geboren 1965, ist Mitarbeiter des Instituts für Ideengeschichte und Demokratieforschung in Innsbruck (Österreich), Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten in Österreich und Italien. Ein neues Buch des Autors mit dem Titel »*Demokratie für den Irak? Sozio-kulturelle und demokratiepolitische Perspektiven*« (580 Seiten, ca. 48 Euro) erscheint in diesen Wochen. – Kontakt: Cavour-Str. 23/a, I-39100 Bozen, Italien. E-mail: rolandbenedikter@yahoo.de.

#### Anmerkungen:

- 1 Siehe u.a. AP: »*Die Iraker werden die einzigen Verlierer sein*«, 14.09.2004; AP, *Jawar bittet NATO um Hilfe*, 14.09.2004.
- 2 R. Benedikter: *Demokratie für den Irak?*, Wien 2004.
- 3 N. Chomsky: *Un proconsole per l'Iraq*, in: Il manifesto, 15.09.2004, p. 1, 4.
- 4 AP: *Essayist Fukuyama will bei US-Wahlen nicht mehr für Bush stimmen*, 13.09.2004.
- 5 F. Fukuyama: *The Neoconservative Moment*; C. Krauthammer, *Neoconservatism and Foreign Policy*, beide in: www.inthenationalinterest.com.
- 6 U.a. in R. Perle: *Die Welt ist nach dem Irak-Krieg sicherer geworden*, in: www.zdf.de., 10.12.2003.
- 7 AP: *Pariser Club kann sich nicht auf Entschuldung Iraks einigen*, 14.9. 2004.
- 8 F. Fukuyama, *Schwache Staaten bedrohen die Welt. Zur Hauptgefahr der Zukunft*, in: »Die Welt am Sonntag«, 5.9. 2004.
- 9 S. P. Huntington: *Who are we? Die Krise der amerikanischen Identität*, Berlin 2004.
- 10 Z. Brzezinski: *The Choice. Global Domination or Global Leadership*, New York 2004.
- 11 R.M. Gerecht: *Democratic Revolution?*, in: The Wall Street Journal, June 15, 2004.
- 12 A. Reuveni: *Strategien aus dem 20. Jahrhundert*, in: Zeitschrift Info3, Heft 9/04, Frankfurt am Main 2004, S. 62. Vgl. dazu näher mein Buch *Demokratie für den Irak? Sozio-kulturelle und demokratiepolitische Perspektiven*, Wien 2004.
- 13 B. Clinton: *Mein Leben*, Berlin 2004, u.a. S. 1420ff.
- 14 H. Janitschek: *Alles Geld für Krieg: Rekord-Armut in USA*, in: Neue Kronen Zeitung Wien, 28.08.2004, S. 2. Vgl. dazu AP, *Nader prangert soziale Ungleichheit in den USA an*, 12.09.2004.
- 15 Vgl. dazu näher u.a. J. Nappi, *America – the republic*, in: The Capitalism Magazine, January 26, 2001, in: www.capmag.com/article.asp?ID=165.
- 16 Vgl. dazu z. B. für die Republikaner u.a. P. Wolfowitz: *The sunshine warrior*, in: The New York Times, September 22, 2002; und für die Demokraten u.a. D.L. Byman und K.M. Pollack, *Democracy in Iraq?*, in: The Washington Quarterly, Summer 2003, pp.119ff.
- 17 Siehe dazu näher mein Buch *Demokratie für den Irak? Sozio-kulturelle und demokratiepolitische Perspektiven*, Wien 2004.
- 18 B. Clinton: *Mein Leben*, Berlin 2004, S. 1439.
- 19 Siehe das neue, richtungweisende Buch von J. Rifkin: *Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*, Frankfurt/ New York 2004.
- 20 S. P. Huntington: *The Lonely Superpower*, in: Foreign Affairs, Vol. 78 No. 2, March/April 1999, pp. 35ff.
- 21 Z. Brzezinski: *The Hegemonic Quicksand*, in: In The National Interest, February 18, 2004.